

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en



Ein Heimatbuch der anderen Art

Peter Ulrich Lehner, seit Jahrzehnten als engagierter Antifaschist und Publizist aktiv sowie Mitglied des Freiheitskämpfer/innen-Bundesvorstandes, hat ein beeindruckendes Werk über seinen Heimatbezirk Hernalz in der dramatischen Zeit 1933 bis 1945 verfasst. Wolfgang Neugebauer hat das Buch bereits gelesen.

Ohne Überheblichkeit kann ich mir nach Jahrzehnten Tätigkeit im DÖW das Urteil anmaßen: Der Autor hat ein singuläres Werk geschaffen, wie es in dieser Art kein zweites gibt. Ich kenne keinen anderen Wiener Bezirk oder österreichischen Ort, wo Widerstand und Verfolgung so umfassend, gründlich und sorgfältig aufgearbeitet worden sind. In jahrelanger, fleißiger Arbeit hat Lehner Bücher, Zeitschriften, Archive, Websites und andere Quellen für seine Arbeit ausgewertet; insbesondere die reichhaltigen Bestände und die umfassenden Datenbanken über die NS-Opfer des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) sind eine wichtige Grundlage des Werkes.

Die nun vorliegende Arbeit kann als Handbuch für die Geschichte von Hernalz von 1934 bis 1945 qualifiziert werden. Eine ausführliche, profilierte zeitgeschichtliche Einleitung stellt das Bezirks-geschehen in einen größeren zeitgeschichtlichen Rahmen. Im Mittelpunkt stehen der Widerstand gegen die herrschenden Diktaturen und die politischen und rassistischen Verfolgungen, wobei der Autor durchaus zwischen der Repression im Austrofaschismus 1934 bis 1938 und dem massenmörderischen Terror des NS-Regimes 1938 bis 1945 differenziert. Den Kern des Werkes bilden mehr als 1.900 Biografien von WiderstandskämpferIn-

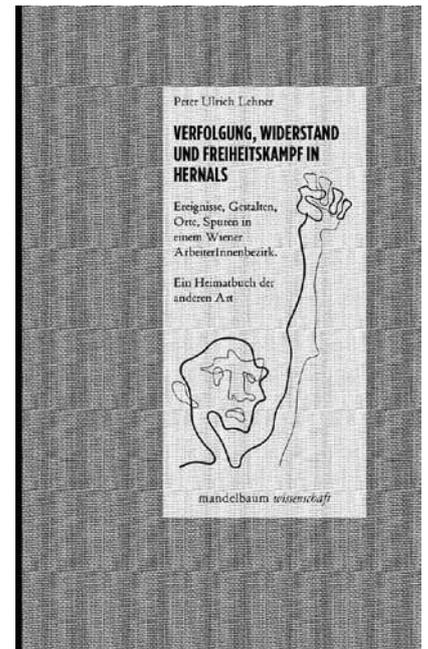
nen und Verfolgten, die auf über 500 Seiten dargestellt werden. Diese Biografien zeigen nicht nur die ungeheure quantitative Dimension der Repressionen in diesem Wiener Arbeiterbezirk, sie tragen auch dazu bei, diese Menschen in Erinnerung zu behalten, ihre Leistungen, aber auch ihr Leid zu würdigen. Ein großer Teil der Biografien bezieht sich auf die Kämpfer des Februar 1934 sowie auf die AktivistInnen im Kampf gegen den Austrofaschismus. Bei den Biografien der WiderstandskämpferInnen gegen die NS-Diktatur wird die Bedeutung der Gruppe um die illegale Zeitschrift „Die Wahrheit“ sichtbar. Diese von dem slowenischen Kommunisten Karl Hudomalj initiierte Widerstandsgruppe, die sich „Anti-Hitler-Bewegung Österreichs“ nannte, war eine der wichtigsten der Jahre 1942–1944, weil es gelang, neben KommunistInnen auch SozialistInnen (wie den nachmaligen Minister Alfred Migsch) und ehemalige Christlichsoziale sowie eine große Anzahl von „Ostarbeitern“ zu gemeinsamen Aktivitäten zu vereinen.

Erschütternd ist die Anführung der zahlreichen Jüdinnen und Juden, die aus Hernalz in KZ, Gettos und Vernichtungsstätten wie Auschwitz oder Maly Trostinec deportiert worden sind und von denen oft nicht viel mehr als das Datum ihrer Deportation bekannt ist. Auch Roma, wie die Familie des später als Maler hervorgetre-

tenen Karl Stojka, wurden von hier nach Auschwitz deportiert.

Durch seine langjährige Mitwirkung im Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en hat Peter Ulrich Lehner nicht wenige der im Buch beschriebenen Menschen persönlich gekannt und diese Erfahrungen einfließen lassen. Es spricht für seine Fairness, dass er auch jene Personen, die ihm politisch nicht nahestehen, in angemessener Weise darstellt. Im Personenteil kommen viele Prominente aus Politik und Kultur vor, unter anderem Bundespräsident Adolf Schärf, Vizekanzler Fritz Bock, die Bundesminister Franz Olah und Christian Broda, der legendäre ÖGB-Präsident Johann Böhm, die Schriftsteller Franz Werfel und Stefan Zweig oder die Schauspielerinnen Hedy Lamarr. Trotzdem ist das Werk keine Geschichte der politisch-gesellschaftlichen Elite, denn auch weniger bekannte Menschen, die Widerstand leisteten oder verfolgt wurden, werden mit der gleichen Sorgfalt beschrieben.

Neben den Biografien werden auch Orte, Verkehrsflächen, Gebäude und Parks, die nach WiderstandskämpferInnen oder Verfolgten benannt worden sind, beschrieben sowie 150 vom NS-Regime 1938 aufgelöste Hernalzer Vereine aufgelistet. Ein besonders wertvoller Teil des Buches ist der hier erstmals veröffentliche



Peter Ulrich Lehner: Verfolgung, Widerstand und Freiheitskampf in Hernalz: Ereignisse, Gestalten, Orte – Ein Heimatbuch der anderen Art. Mandelbaum Verlag, Wien 2014, ISBN: 978385476-802-9, 736 Seiten, € 29,80

te Bericht des ersten Bezirksvorstehers von Hernalz 1945 Alois Brunner, der anschaulich über Widerstand, Befreiung und Wiederaufbau informiert.

Die vorliegende Publikation wird nicht nur für Hernalzer Bezirksfans, sondern für alle an Zeitgeschichte und Politik Interessierten von Nutzen sein. Sie wird meines Erachtens zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk werden und ist auch für den Gebrauch an Schulen, z. B. als Grundlage für Schülerprojekte, durchaus geeignet. Ich kann daher dem Werk von Peter Ulrich Lehner nur die ihm zustehende Akzeptanz und Verbreitung wünschen.

Wolfgang Neugebauer ■



Bundesvorsitzender Johannes Schwantner initiierte im Zuge der Vorstandstagung eine Diskussion über die inhaltlichen und organisatorischen Ziele und Möglichkeiten des Freiheitskämpfer/innen-Bundes

Arbeitstagung des Bundesvorstands

Um eine tiefe und breite Diskussion über die Entwicklung des Freiheitskämpfer/innen-Bundes zu ermöglichen, fand auf Anregung des Bundesvorsitzenden Johannes Schwantner Ende März 2014 in Wien eine Arbeitstagung des Bundesvorstands statt.

Im November 2013 wurde unsere Bundeskonferenz abgehalten. Dort diskutierten wir einen grundsätzlichen Antrag, eingebracht von unserer Tiroler Landesgruppe, mit dem Titel „Einsetzung einer Kommission zur Überarbeitung bzw. Neufassung der Statuten“. Die inhaltlichen Anliegen sind eine Änderung unseres Namens, eine Verkürzung der Funktionsperiode von vier auf drei Jahre und eine Änderung der Vereinsstruktur mit der Schaffung eigener Vereine für die Landesgruppen. Weiters eine Neufassung bzw. Straffung des Vereinszwecks (§ 2) mit Ergänzung des Themas „Kampf für die Menschenrechte“ sowie eine weitere Öffnung unseres Bundes für Nicht-SPÖ-Mitglieder.

31 Genossinnen und Genossen kamen zur Bundesvorstandstagung, um sich wichtigen Zukunftsfragen unserer Organisation zu widmen. Wir diskutierten im Plenum und in kleinen Arbeitsgruppen. In den Arbeitsgruppen herrschte Konsens, dass

unser Name lang und sperrig ist, einen guten kürzeren Namen fanden wir allerdings nicht. Deshalb rufen wir die Leserinnen und Leser des „Kämpfers“ auf, der Redaktion Namensvorschläge zu schicken.

Beim Vereinszweck war die Meinung so, dass dieser nicht gekürzt, sondern eher erweitert werden soll. So wollen wir die

antikapitalistische Ausrichtung des Bundes erwähnen und die klassenlose Gesellschaft als Ziel festhalten. Weiters wollen wir niederschreiben, auch die Nachkommen der Opfer zu organisieren und zu betreuen und die Opfergruppen namentlich aufzählen („Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle“).

In der Frage der Vereinsstruktur haben wir konsensuell festgestellt, erst juristische Expertise einholen zu wollen und dann weiterzudiskutieren. Möglich, dass Regelungen, die sich aus dem Parteienfinanzierungsgesetz ergeben, Änderungen nahelegen.

Jedenfalls soll die Gemeinnützigkeit des Bundes im Statut niedergeschrieben werden.

Natürlich ist unser Ziel, neue Mitglieder zu gewinnen. Gelingt uns das eher, wenn Nicht-SPÖ-Mitglieder (und Jugendorganisationen) aktives und passives Wahlrecht in unserem Bund erhalten? Die Meinungen und Erwartungen dazu sind geteilt.

Ziel ist, dass wir bis Ende 2014 sowohl eine Antwort auf diese offenen Fragen gefunden haben als auch die Statuten und die Geschäftsordnung mit Hilfe einer Arbeitsgruppe aktualisiert haben. Die Landesgruppen wurden aufgefordert, bis Ende Juni 2014 Vorschläge zur inhaltlichen Neuausrichtung an den Bund zu schicken.

Schon länger zurück liegt der Beschluss, analog zur Otto-Bauer-Plakette unseres Bundes eine „Rosa-Jochmann-Plakette“ zu schaffen. Sie soll verdienten AntifaschistInnen innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie verliehen werden (die Otto-Bauer-Plakette ist SPÖ-Mitgliedern vorbehalten). Auch hier herrschte Einigkeit, dass die erste Plakette noch heuer verliehen werden soll. ■

Genosse Henri Schreiber präsentierte die neue Website unseres Bundes www.freiheitskaempfer.at und lädt ein, diese mit Inhalten und Veranstaltungsterminen zu befüllen

Gerald Netzl neuer Wien-Vorsitzender

Am 7. März trafen sich im Volksbildungshaus Urania in der Wiener Innenstadt 76 Delegierte, um die Konferenz der Wiener Landesgruppe unseres Bundes abzuhalten. Gerald Netzl wurde dabei zum neuen Landesvorsitzenden gewählt.

Vier Anträge und eine Resolution wurden diskutiert und einstimmig beschlossen. Antrag 1 bezog sich auf die Erhaltung und Ergänzung von Gedenktafeln für Opfer aus Widerstand und Verfolgung durch Faschismus und Nationalsozialismus. Die Landeskonferenz fordert, dass die öffentliche Hand den Erhalt besser unterstützt und dass neue Tafeln errichtet werden.

Im Arbeiterheim Favoriten fanden ab dem Jahr 1903 zahlreiche Parteitage der Sozialdemokratie statt, unser Bund hielt bis in die 1980er Jahre seine Bundeskonferenzen dort ab. Einzigartig ist der denkmalgeschützte Saal mit einem Gemälde, das Victor Adler zeigt. Aufgrund eines Eigentümerwechsels ist dieser Saal leider nicht mehr zugänglich und die Zukunft des Gebäudes unsicher, weshalb die Landeskonferenz in Antrag 2 eine positive Lösung dieses Problems fordert.

Der dritte Antrag hat das Ziel einer namentlichen Erfassung unserer Toten des Februar 1934. Hier gibt es lobenswerte Vorbilder des DÖW (Datenbanken der Holocaust-Opfer und der Stalin-Opfer). Für den Februar 1934 fehlt Vergleichbares. 80 Jahre nach den Kämpfen ist es hoch

an der Zeit, diese Menschen dem Vergessen zu entreißen, ihre Namen und Schicksale der Öffentlichkeit und der kollektiven Erinnerung zu übergeben. Die Forschungsarbeit soll von einer wissenschaftlichen Institution gemacht werden.

Schließlich Antrag 4, der die Einrichtung einer Zukunftswerkstatt der Landesgruppe beschloss.



Gerald Netzl möchte den Konnex zwischen Kapitalismus und Faschismus künftig noch klarer herausarbeiten

Die Landesgruppe braucht eine strategische Planung für die nächsten zehn Jahre. Wir müssen unseren Platz in der politischen, der antifaschistischen und antirassistischen Initiativeslandschaft genauer bestimmen, aber auch unseren Platz als Trägerin des Vermächtnisses des antifaschistischen Widerstands und der Opfer des Faschismus.

In einer Resolution forderte die Landeskonferenz Maßnahmen gegen die Rechtsentwicklung, vor allem der schlagenden Burschenschaften, die sich mit europäischen Rechtsradikalen zu verbinden suchen. Wir fordern weiterhin eine klare Abgrenzung unserer Partei von sympathisierenden und rechtstendierenden Bewegungen, ein Bekenntnis zu Humanität, Solidarität und Demokratie.

Bei der Wahl wurde mit dem 45-jährigen Gerald Netzl aus Liesing ein neuer Landesvorsitz-

ender unseres Bundes zeigen. Netzl weiß, dass er als neuer, vergleichsweise junger Landesvorsitzender den einen zu schnell, den anderen zu langsam arbeiten wird und bat beide Seiten um Toleranz. Er nannte ein großes Ziel in seiner neuen Funktion: dafür Sorge zu tragen, dass es in zwanzig Jahren, am 12. Februar 2034, ein dem Ereignis und dem Jahrestag entsprechendes würdevolles Gedenken für die Februarkämpfer geben wird.

Politische Hauptreferentin war die neue SPÖ-Landespartei-sekretär-Stellvertreterin Katharina Schinner. Sie ist vor allem für Budget & Finanzen und für die interne und externe Kommunikation verantwortlich. Sie will jedes SPÖ-Mitglied „individuell erreichen, dort wo es steht“. Genossin Schinner bezeichnete uns FreiheitskämpferInnen als „wichtigen Teil der sozialdemokratischen Bewegung, da wir das ‚Niemals vergessen!‘ hochhalten“.

Weitere Ehrengäste waren Kamerad Dr. Gerhard Kastelic von der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Albert Dlabaja vom KZ-Verband NÖ, Ruben Mörth (SJ), Conny Bohmann (Rote Falken), Peter Traskowitsch (SoHo) und unser geschäftsführender nÖ. Vorsitzender Harald Ludwig. Die Berichtsmappe ist ein eindrucksvolles Zeugnis über die breite, engagierte Arbeit der Bezirksgruppen und der Landesgruppe. ■

Ehrung für Albin Slabina

Die Otto-Bauer-Plakette wird von den Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen an Persönlichkeiten verliehen, die sich im Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus besonders verdient gemacht haben. Sie ist somit in der Sozialdemokra-

tie die größte Auszeichnung für WiderstandskämpferInnen und aktive AntifaschistInnen. Nun wurde ein Genosse mit der Otto-Bauer-Plakette geehrt, der sich diese hohe Auszeichnung mehr als verdient hat. Die Rede ist von Albin Slabina. Slabinas Einsatz für unsere Bewegung

und gegen Rechtsextremismus, Neofaschismus und Rassismus wurde in Anwesenheit von FreiheitskämpferInnen-Bundesvorsitzendem Hannes Schwantner, dem Wiener Landesvorsitzenden Gerald Netzl sowie seiner Stellvertreterin Herta Slabina entsprechend gewürdigt. ■





8. Mai: Tag der Freude

Am 8. Mai 2014 luden Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger 100 Gäste zum „Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an die Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa“ vor 69 Jahren. Der Staatsakt der Regierungsspitze wurde live in ORF 2 übertragen.

In seiner Ansprache stellte Genosse Faymann einen starken Bezug zur bevorstehenden Europa-Wahl her. Der Holocaust war ein beispielloses Verbrechen in der Menschheitsgeschichte – die politische Union war die Antwort auf den Zweiten Weltkrieg, sie ist ein Bekenntnis zur Demokratie. Für die aktuelle Politikergeneration, die großteils nach 1945 geboren wurde, ist die Friedenssicherung für die Jugend eine zentrale Aufgabe. Genosse Faymann sagte, dass es ÖsterreicherInnen gab, die dem NS-System Widerstand leisteten, welchen er für ihren Einsatz dankte, und solche, die Teil der Mordmaschinerie waren. Er bekannte sich einmal mehr zum „Niemals vergessen!“.

Für Michael Spindelegger mar-

kierte der 8. Mai 1945 das Ende einer „unsäglichen, unseligen Zeit“. Der 9. Mai war der erste Tag des Aufbruchs. Auch der Vizekanzler erwähnte die Täterschaft vieler ÖsterreicherInnen und bekannte sich zur daraus resultierenden Verantwortung. Wobei Österreich und die ÖsterreicherInnen in den Jahren 1956, 1968 und 1989 viel Gutes getan hätten. Unser Land hätte – anders als in der Zwischenkriegszeit – seinen Platz in der Welt und den Glauben an sich selbst gefunden. Es solle jedes Jahr am 8. Mai eine Feier geben.

Der bekannte Künstler Arik Brauer hielt das Festreferat. Er begann mit seinen persönlichen Erinnerungen an die letzten Kriegstage und die Befreiung im April 1945 in Wien. Der damals 16-jährige



Arik Brauer hielt anlässlich des Tages der Befreiung vom Nationalsozialismus das Festreferat im Bundeskanzleramt.

Brauer wurde, wie er formulierte, „vom verfolgten Untermenschen zum freien Menschen“. ER hatte gesiegt. Für überzeugte NationalsozialistInnen war ebenso klar, dass SIE verloren hatten. Für die große Masse der indifferenten Menschen war es schwierig, das Kriegsende und die damit verbundene Not und die Zerstörungen als Befreiung zu erleben. Brauer zeigte die Einzigartigkeit der rassistischen Herrenmenschenideologie auf, die die Verachtung und Vernichtung aus ihrer Sicht Minderwertiger zur Konsequenz hatte. Die Europäische Union nannte er ein „Jahrtausendereignis“, denn andere Vielvölkerstaa-

ten und Staatenbünde wie z.B. Österreich-Ungarn und die UdSSR wären gescheitert, weil sie von oben aufgesetzt waren. Die EU ist ein freier und freiwilliger Zusammenschluss von Staaten und Völkern. Österreich bezeichnete er als eines der lebenswertesten Länder der Welt.

Wie schon im Vorjahr stellte das Bundesheer vor der Krypta auf dem Heldenplatz eine Mahnwache. Am Abend feierten tausende Menschen mit den Wiener Symphonikern auf dem Heldenplatz den Jahrestag der Kapitulation Hitlerdeutschlands beim „Fest der Freude“.

Gerald Netzl ■

Fritz Propst (1916–2014)

Fritz Propst verstarb am 25. April 2014 im Alter von 98 Jahren. Fritz Propst war ein energischer Kämpfer gegen Faschismus und Kapitalismus, der mit seiner menschlichen Offenheit und seiner bewundernswerten Scharfsinnigkeit beeindruckt hat.

Fritz Propst wuchs in sehr bescheidenen Verhältnissen in der Leopoldstadt und in Favoriten auf und schloss sich schon bald den Roten Falken an, wo sein enormes Interesse an Politik und Literatur geweckt wurde. Im Zuge der Geschehnisse rund um den Februar 1934 wandte sich Fritz Propst schließlich enttäuscht der KPÖ zu, der er bis zum Ende seines Lebens treu verbunden blieb. Fritz Propst war aktiv im Kampf

gegen den Austrofaschismus und wurde dafür mehrmals inhaftiert und misshandelt. Im März 1938 flüchtete der bereits polizeibekannt Antifaschist Propst, der nach NS-Gesetzen als Jude galt, im Auftrag seiner Partei in die Tschechoslowakei und schließlich nach England. Dort begründete er die überparteiliche Jugendorganisation „Young Austria“ mit, die sich im Kampf um ein freies und demokratisches Österreich

verdient gemacht hat. Um dem Faschismus auch mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten zu können, trat Propst gemeinsam mit vielen jungen Österreichern in die britische Armee ein. Er wurde im Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs schwer verwundet. Propst erhielt 1978 das Ehrenzeichen für Verdien-

ste um die Befreiung Österreichs und 2007 schließlich das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. Als 86-Jähriger begann er mit der Arbeit an seiner autobiografischen Erzählung „Mein Leben im Widerstand“ (Globus Verlag 2002) und noch im – wie er selbst sagte – biblischen Alter von 94 Jahren veröffentlichte er



Fritz Propst hat sein Leben lang für eine bessere Gesellschaft gekämpft. Sein Tod ist ein tragischer Verlust für alle AntifaschistInnen.

Gedenkkundgebung beim ehemaligen KZ Loibl-Nord

Am 14. Juni fanden heuer die Gedenkkundgebungen in Erinnerung an die Konzentrationslager Loibl-Nord und Loibl-Süd auf Kärntner und slowenischer Seite des Loibltunnels statt. Die Teilnahme an der Kundgebung bei der Gedenkstätte KZ Loibl-Nord war Anlass für eine dreitägige antifaschistische Bildungsreise der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände.

Der Reisegruppe gehörten VertreterInnen der ÖVP-Kameradschaft und GenossInnen der Freiheitskämpfer an. Seitens des KZ-Verbands war eine Teilnahme wegen schon länger geplanter, jedoch zeitgleich stattfindender eigener Veranstaltungen leider nicht möglich.

Für Hitlers Angriffskrieg gegen Jugoslawien und später gegen Griechenland war die alte Straße über den Loiblpass von kriegswichtiger Bedeutung und zugleich ein Nadelöhr für Nachschubtransporte auf den Balkan. Bereits im Mai 1941 begannen die Planungsarbeiten für einen leistungsfähigen und wintersicheren Tunnel unter dem Loibl-



Mit Peter Kaiser sprach erstmals ein Kärntner Landeshauptmann Gedenkworte am Loibl.

LPD Kärnten/Just

pass. Häftlinge aus dem KZ Mauthausen sollten ihn graben. Die SS errichtete zwei Nebenlager im Norden und im Süden des Passes. Der Tunnelbau wurde von zwei Seiten gleichzeitig vorangetrieben. Die KZ-Häftlinge, vorwiegend Franzosen und Polen, mussten unter menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen den Tunnel graben; für viele bedeutete dies den Tod. Prof. Peter Gstettner, der sich jahrelang um die Errichtung einer würdigen Gedenkstätte auf dem ehemaligen KZ Loibl-Nord bemühte, begrüßte die Gruppe und erläuterte die geschichtlichen Ereignisse.

Nach den Kranzniederlegungen der verschiedenen Delegationen beim nördlichen Tunnelzugang fand auf dem ehemaligen Appellplatz des Lagers die Gedenkkundgebung statt, die Landeshauptmann Peter Kaiser mit mahnenden Worten eröffnete. LH Haider und LH Dörfner

ignorierten die vorangegangenen Gedenkkundgebungen. Es folgten eine Rede von Peter Gstettner sowie Gedenkreden und Botschaften eines französischen Delegierten, eines slowenischen Zeitzeugen, eines deutschen KZ-Häftlings, des Schriftstellers Er-

dem Massaker beteiligten Mörder entgingen nach 1945 einer Bestrafung. Zur Neugestaltung des 2013 eröffneten Museums hat auch der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen finanziell beigetragen.

Vor der Heimreise nach Wien

„Abschied am Westbahnhof“ über seine Zeit in England (Globus Verlag 2010). Er verstand sein „ganzes Leben als Kampf für bessere Lebensbedingungen, Demokratie und Freiheit, gleiche Rechte für alle – also für eine bessere Welt“. Fritz Propst war ein energischer Kämpfer gegen Faschismus und Kapitalismus, der mit seiner menschlichen Offenheit und seiner bewundernswerten Scharfsinnigkeit beeindruckt hat. Wer seine Bücher liest, ist vielleicht auch jetzt noch imstande, seine gewinnende Art nachzuvollziehen.

Stefan Schmid-Heber ■

win Riess und von zwei Schülern eines Klagenfurter Gymnasiums. Die Gruppe besuchte auch die eindrucksvolle Gedenkstätte KZ Loibl-Süd. Dort informierte der Außenlager-Guide Horst Ragusch. Bereits in den 50er Jahren wurde hier eine würdige Gedenkstätte errichtet, während auf Kärntner Seite das KZ Loibl-Nord bis 1995 aus der offiziellen Landesgeschichte ausgeblendet blieb und das ehemalige Lager von Gestrüpp und Wald überwuchert wurde.

Auf dem Besuchsprogramm stand auch das neu errichtete Partisanenmuseum im Peršmanhof bei Bad Eisenkappel, wo am 25. April 1945 eine SS- und Polizeieinheit wenige Tage vor der Kapitulation der Hitlerarmee elf Zivilisten, darunter sieben Kinder, brutal ermordete. Der Peršman-Hof, das Anwesen einer slowenisch sprechenden Bergbauernfamilie, war ein Stützpunkt der Partisanen. Alle an

legten die Freiheitskämpfer bei einer antifaschistischen Stadtführung in Klagenfurt einen Kranz bei der Stele mit den Namen von 47 hingerichteten Kärntner WiderstandskämpferInnen und Partisanen neben dem Eingang zum Landesgericht nieder. Abschließend wurde der jüdische Friedhof besucht.

Die Bildungsreise wurde von Ingrid Antes mustergültig geplant und organisiert. Werner Pikalo von den Kärntner FreiheitskämpferInnen unterstützte die Gruppe solidarisch. Ich gab während der Busfahrten Informationen über die Verfolgung und Vertreibung der Kärntner SlowenInnen, deren Schicksal nach 1945, den PartisanInnenkampf, die Geschichte der Außenlager sowie das rechtsradikale Treiben am Ulrichsberg. Ein besonderer Dank gebührt Harry Koller vom Renner-Institut Kärnten für die Unterstützung vor Ort.

Ali Koblbacher ■



Gedenken in Hadersdorf und Stein

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs führt alljährlich in Hadersdorf das Gedenken an die 61 Opfer des SS-Massakers von 1945 durch. Die Freiheitskämpfer/innen waren mit ihrem stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Wiener Landesvorsitzenden Gerald Netzl vertreten.

Wir gedenken heute der Opfer, der Getöteten vor 69 Jahren. Jener Opfer vom 6. und 7. April 1945, die in der Strafanstalt Stein, im Stadtgebiet von Krems, in Paudorf, Hörfarth, Rottersdorf, Wolfenreith, Theiß, Hadersdorf – aus politischen Motiven – ermordet worden sind, und der Menschen, die vom Landesgericht Wien aus ihren letzten Marsch hier nach Stein antreten mussten und hier in der Justizanstalt am 15. April erschossen worden sind“, fasste der Kremser Bürgermeister Reinhard Resch zusammen. Gerald Netzl betonte, dass es nicht selbstverständlich sei, einen Sonntag dafür zu verwenden, an einer Gedenkundgebung teilzunehmen, statt die Freizeit mit der Familie zu verbringen. Er erinnerte vor dem Hintergrund der erstarkenden

Rechten in Europa daran, dass im Jahr 1942 in Wien Vertreter der Hitlerjugend gemeinsam mit Vertretern faschistischer Jugendorganisationen anderer Länder einen „europäischen Jugendverband“ gründeten, und zog Parallelen zu aktuellen Entwicklungen in Europa. Damals wie heute verfolgten Rechte sehr ähnliche Ziele: „Die Zerschlagung der organisierten ArbeiterInnenbewegung und anschließend die Durchsetzung ihrer kruden politischen Ziele.“

Zum historischen Hintergrund der Kremser Gedenkfeier: In den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs wurden politische Häftlinge vom damaligen Direktor der Justizanstalt Stein freigelassen, jedoch von der SS und anderen Nazi-Einheiten gejagt und brutal ermordet. Das geschah sowohl

in der Anstalt selbst als auch in Krems und etlichen umliegenden Gemeinden. Nur wenige überlebten das Massaker. Auch der Gefängnisdirektor Franz Kodré wurde von den Nationalsozialisten getötet. Besonders brutal wurde in Hadersdorf gegen 61 Wiener vorgegangen, die auf dem Heimweg waren und von der SS in ein Massengrab geschossen wurden, das sie zuvor selbst ausheben mussten.

Die das Gedenken durchführende Arbeitsgemeinschaft besteht aus dem KZ-Verband, dem Bund Sozialdemokratischer

Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en sowie aus der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich. Wie jedes Jahr konnte Organisator Mag. Klaus Bergmaier, seines Zeichens Vorsitzender der Kremser Bezirksgruppe der FreiheitskämpferInnen, eine große Delegationen aus Wien, aber auch Dutzende Interessierte aus der Region begrüßen. Mit Botschaftsrat Kazimierz Jozef Fordon, Konsul der Republik Polen in Österreich, nahm auch ein hochrangiger Diplomat an der Kundgebung teil. ■



Auch heuer folgten wieder viele AntifaschistInnen dem Aufruf zur Gedenkundgebung

Bauer-Plakette für Werner Burg

Genosse Werner Burg ist Altbürgermeister von Mödling und einer der engagiertesten FreiheitskämpferInnen Niederösterreichs. Vor kurzem feierte Werner Burg seinen 80. Geburtstag. Der niederösterreichische Landesverband überreichte ihm beim letzten Landesvorstand die Otto-Bauer-Plakette. Landesvorsitzender Anton Heinzl gratulierte dem Jubilar herzlich und wünschte „weiterhin viel Schaffenskraft“. Burgs unermüdliche Bildungsarbeit zeigt sich nicht nur in der laufenden Gestaltung von großartigen antifaschistischen Ausstellungen und Lehrbeiträgen, auch publizistisch hat sich Genosse Burg verdient gemacht. So stammen von ihm Werke

über die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung im Raum Mödling, die wichtige Beiträge für das Wissen um den Aufbau, die Zerschlagung und den Wiederaufstieg der Sozialdemokratie in seiner geliebten Heimatstadt für kommende Generationen festgehalten haben. ■



Werner Burg: ein unermüdlicher Antifaschist mit dem Herz am richtigen Fleck

Widerstand in Salzburg 1941

Seit Ende März ist eine neue wissenschaftliche Publikation am Büchermarkt, die vom Renner-Institut Salzburg und den Salzburger FreiheitskämpferInnen herausgegeben wird. Das Buch rekonstruiert die Salzburger Widerstandsaktivitäten gegen das NS-Regime des Jahres 1941. Anhand von Einzelschicksalen werden Motive, Motivationen und Konsequenzen der NS-GegnerInnen beschrieben, die in zweijähriger Arbeit recherchiert wurden. Der überwiegende Teil des Quellenmaterials sind Anträge der Opferfürsorge zwischen 1946 und 1953. Ergänzt wurden die Opferfürsorgeanträge mit originalen Gerichtsprotokollen, Polizei-

meldungen, Steckbriefen sowie Zeitzeugeninterviews.

Die Tageszeitung „Der Standard“ kommt dabei zu folgendem Resümee: „Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“, heißt es im Talmud. (...) Über 200 dieser kleinen, dezentralen, in den Boden eingelassenen Mahnmale liegen inzwischen in Salzburg. Das Buch ‚Widerstand in Salzburg 1941‘ beschreitet mit seinen 50 konkreten Schicksalen gewidmeten Kurzporträts einen ähnlichen Weg. Ein Heimatbuch im besten Sinn.“ „Widerstand in Salzburg 1941“ ist im Buchhandel bzw. auf allen gängigen Online-Verkaufsplattformen erhältlich. ■



Links: Paul Vodicka, Heli Neuhaus, Kurt Wachold, Dagmar Casagrande (Vors. d. Freiheitskämpfer/innen Ottakring). Rechts: Heli Neuhaus im Gespräch mit Schülern.



Elisabeth Stöckl

Lebendiger Geschichtsunterricht

Die Schülerinnen und Schüler der NMS Roterstraße in Ottakring haben einen sehr eindrucksvollen Geschichtsunterricht erlebt: In Zusammenarbeit mit den „wohnpartnern“ und mit Unterstützung durch die Bezirksgruppe Ottakring des Bundes Sozialdemokratische Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/ene wurde am 14. Mai eine Exkursion zur Gedenkstätte Mauthausen unternommen. Zwei Wochen später gab es dann ein Zeitzeugengespräch mit Heli Neuhaus, Paul Vodicka und Kurt Wachold. Die Schülerinnen und Schüler verfolgten die Erzählungen sehr aufmerksam und hatten auch Gelegenheit, Fragen

zu stellen, die ausführlich beantwortet wurden.

Wie sehr die Schülerinnen und Schüler betroffen waren, geht aus ihren Berichten hervor. Hier seien einige Beispiele angeführt:

Kajo: „Als wir im KZ Mauthausen ankamen, kam es mir vor, als wäre das Gebäude eine mittelalterliche Ritterburg. Als ich gehört habe, was die Nazis alles mit den ganzen Menschen (davon sehr viele Juden) angestellt haben, bekam ich Gänsehaut.“

Robin: „Für die Nazis waren Menschen aus Deutschland und Österreich die Besten. Menschen aus Israel, Polen und Russen waren ganz unten.“

Kajo: „Als ich auf der Todesstiege gegangen bin, habe ich meine Beine nicht mehr gespürt und ich stellte mir die Frage, wie die Gefangenen dies mit 50 kg Steinen am Rücken geschafft haben. Die Art und Weise, wie die Nazis die Menschen in den Konzentrationslagern umgebracht haben, war das Schlimmste und ich frage mich, wie man nur so ein schlechtes Herz haben und so viele Menschen umbringen kann.“

Manuel: „In einem Moment habe ich meine Augen geschlossen und mich in die Situation der Häftlinge vor ungefähr 80 Jahren versetzt.“

Babsi: „Im Lager selbst versuch-

te man so viel wie möglich zu vertuschen. Man sagte ihnen, dass sie duschen gingen, aber in Wirklichkeit wurden sie zur Vergasung in die Gaskammer geschickt.“

Konsti: „Als wir im Ort von Mauthausen waren, war es für mich erstaunlich, dass dort gelebt wird wie in jedem anderen Ort.“

Mario: „Diese Exkursion war für uns alle schwer verkräftbar und wir alle hoffen, dass so etwas nie wieder passieren wird.“

Ivana: „Also, ich will dort mal mit meiner Familie hin, weil ich Blumen zu den Grabsteinen bringen will.“ ■

Wir gratulieren: April bis Juni 2014

104. Geburtstag: Paula Billes, Eisenstadt. **101. Geburtstag:** Marko Feingold, Salzburg; Hedwig Sauer, Wien. **99. Geburtstag:** Anna Hradil, Wien. **98. Geburtstag:** Hilda Kala, Mödling. **96. Geburtstag:** Anna Bassani, Bad Aussee; Ida Holicsek, Eisenstadt. **95. Geburtstag:** Hedwig Dörner, Wien. **94. Geburtstag:** Susanne Bock, Max Tauber, Wien. **93. Geburtstag:** Elise Glanzer, Klagenfurt; Georg Kriz, Krems/Donau; Alois Kraushofer, Mödling; Hella Fixel, Wien. **92. Geburtstag:** Erna Putz, Salzburg; Konrad Köck, St. Pölten; Ludwig Rechtberger, Steinbrunn; Johann Hörbart, Waldhausen; Hildegard Mayer, Wels; Karoline Malecky, Wien; Ilse Nossian, Zwettl. **91. Geburtstag:** Anton Silhavy, Bad Vöslau; Gertrude Wessely, Eisenstadt; Ernst Aichinger, St. Pölten; Johann Eder, Steyr; Adalbert Busta, Erika Seda, Henriette Taussig, Wien. **90. Geburtstag:** Franz Focke, Anna Hilbert, Gerda Horvath, Wien. **85. Geburtstag:** Grete Horvatits, Amstetten; Leopold Wiesböck, Glaubendorf; Hubert Humitsch, Klagenfurt; Alois Buchegger, Krumbach; Eleonore Ihr, Salzburg; Adolf Mlnarik, St. Pölten; Hertha Frey, Alfred Pilar, Wien. **80. Geburtstag:** Sylvia Zabloudil, Klosterneuburg; Werner Burg, Mödling; Willibald Weinmann, Rannersdorf; Helene Horvath, Alois Kaufmann, Wilhelm Sauberer, Wien. **75. Geburtstag:** Alfred Stingl, Graz; Kurt Sieber, Harland; Gerlinde Kamper, Kapfenberg; Adolf Proyer, Rannersdorf; Richard Mrkos, Maria Wangler, St. Pölten; Josefina Fischlein, Hilda Hammer, Schwechat; Otmar Stellnberger, Steyr; Peter Fiedler, Johann Freiburger, Herbert Grillenhofer, Trautl Keller-Brandstaller, Gertrude Koudelka, Helene Muhr, Franz Murmann, Anton Pfitzner, Robert Pflieger, Adolf Roth, Hermann Salzer, Johanna Stransky, Peter Wasservogel, Wien; Arnold Grabner, Eduard Proske, Wiener Neustadt



Symposium: Aspekte des Austrofaschismus



Koloman Wallisch wurde nach den Februarkämpfen von den Austrofaschisten vor ein Standgericht gestellt und zum Tode durch Erhängen verurteilt

Anlässlich des Gedenkens des Februaraufstands gegen den sich etablierenden Austrofaschismus in der Steiermark fanden zahlreiche Veranstaltungen statt. In Graz, Leoben und Bruck an der Mur wurden Gedenkveranstaltungen abgehalten, an denen zahlreiche Interessierte und Verantwortungsträger des öffentlichen Lebens teilnahmen.

Der Jurist und Historiker Werner Anzenberger wies in seinen Gedenkansprachen auf die Gründe für den Aufstand und seine Auswirkungen auf die Gegenwart hin. Die Sozialistische Jugend Graz hielt einen Workshop zum Thema „Februar 1934. Aufstand und Diktatur“ ab. Mit kräftiger Unterstützung des steirischen Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen und Antifaschist/inn/en organisierte die ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus eine Wanderung mit Dialogveranstaltung über den Koloman-Wallisch-Wanderweg auf den Hochanger und

einen Thementag auf Facebook zu den Ereignissen im Februar 1934. Außerdem ging die ARGE ausgehend von Videodokumenten und ZeitzeugInnen der Frage nach, inwieweit zeitgeschichtliche Erinnerungsarbeit ein Mittel für zukunftsbezogene Demokratiebildung ist. Und schließlich zeigt die Stadt Bruck an der Mur, in der die Kämpfe besonders heftig tobten, von März bis Juli 2014 die Ausstellung „Widerstand 1934–2014“. Anhand von Objekten, Schautafeln und Zeitzeugeninterviews wird die soziale, gesellschaftliche und politische Entwicklung dargestellt, die zur Spaltung der Gesellschaft in zwei verfeindete Lager, zur Auslöschung der Demokratie und letztendlich Österreichs geführt hat.

Herzstück des Gedenkens war allerdings das wissenschaftliche Symposium „Aspekte des Austrofaschismus in der Steiermark“, das mit anerkannten ExpertInnen am 10. Februar 2014 in Graz und am 11. Februar 2014 in Bruck an der Mur stattfand. Ziel der Veranstaltung war es, die wissenschaftlichen Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte zu reflektieren, zu vertiefen und zu ergänzen, wobei – dem Titel entsprechend – steirische

Spezifika einfließen. Werner Anzenberger und Heimo Halbrainer haben nun die Ergebnisse dieser Tagung in der Publikation „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates. Die Steiermark im Austrofaschismus“ herausgegeben.

Die Diskussion um das Wesen der österreichischen Diktatur spiegelt sich in den Beiträgen von Helmut Wohnout, Florian Wenninger und Helmut Konrad im ersten Teil des Buches wieder. Helmut Wohnout etwa bringt mit dem Wort „Kanzlerdiktatur“ einen weiteren Begriff in die Austrofaschismusforschung ein. Florian Wenninger wiederum hinterfragt die These, wonach es zwei bürgerliche Lager – das christlichsoziale und das der Heimwehren – gegeben habe, von denen die Heimwehren auf eigene Faust die Faschisierung des Staates vorangetrieben haben. Während sich Lucile Dredemy mit dem Führerkult um Engelbert Dollfuß auseinandersetzt, geht Dieter Binder der Frage nach, wie faschistisch die Außenpolitik des Regimes war. Schließlich skizziert im abschließenden Beitrag des ersten Themenblocks Werner Anzenberger unter anderem die Genese des Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetzes 2011, das einen Bruch mit der „großkoalitionären Geschichtsschreibung“ darstellt und ein klares Urteil hinsichtlich der Bewertung des austrofaschistischen Regimes trifft.

Im zweiten Teil des Buches werden Aspekte des Austrofaschismus in der Steiermark diskutiert. Einzelne Beiträge sollen hervorgehoben werden: Die Geschlechterpolitik sowie

der Widerstand von Frauen gegen das austrofaschistische Regime stehen im Mittelpunkt des Beitrags von Karin Schmidlechner, an den Ute Sonnleitner mit ihrem Aufsatz über den linken Widerstand gegen das austrofaschistische Regime, der stark von der Jugend getragen wurde, anschließt. Die Folgen des Widerstands gegen die österreichische Diktatur werden in zwei Beiträgen behandelt: Zum einen stellen Heimo Halbrainer und Martin F. Polaschek die justizielle Verfolgung von politischen Gegnern der austrofaschistischen Regierung vor, wobei neben der Februar- und Julijustiz des Jahres 1934 auch auf den Wandel der Verfolgung der illegalen Parteien von 1934 bis 1938 eingegangen wird. Zum anderen präsentiert Pia Schönberger mit ihrem Beitrag über die Bewertung der austrofaschistischen Anhaltelager im Diskurs nach 1945 ein ganz spezielles Kapitel der Verfolgung. Christian Theisl behandelt die literarischen Annäherungen an die Februarkämpfe in der Steiermark und geht dabei neben zeitnahen Arbeiten etwa von Anna Seghers vor allem auf die literarische Nachkriegsauseinandersetzung ein. Abschließend thematisiert Heimo Halbrainer das Erinnern und die öffentliche Zeichensetzung in Form von Straßennamensgebungen, Gedenktafeln und Denkmälern in der Steiermark. ■



Das Buch: Werner Anzenberger/Heimo Halbrainer (Hg.), Unrecht im Sinne des Rechtsstaates. Die Steiermark im Austrofaschismus. Verlag Cléo Graz 2014, ISBN 978-3-902542-15-1



Der Slowakische Nationalaufstand

Der am 29. August 1944 begonnene Slowakische Nationalaufstand ist neben dem Warschauer Aufstand und den Kämpfen jugoslawischer PartisanInnen die einzige herausragende militärische Rebellion im deutschen Herrschaftsbereich während des Zweiten Weltkriegs. Koordiniert waren die Auseinandersetzungen nicht.

Die unabhängige Slowakei wurde 1939 als Satellitenstaat von Hitlers Gnaden geschaffen. Ihr Territorium war etwas kleiner als das der heutigen Slowakei. Sie war ein autoritärer, klerikaler, klerikalfaschistischer Staat, mit dem Priester Jozef Tiso als Präsident an der Spitze. Ihm gelang es, politisch nicht ungeschickt, die Mehrheit der überwiegend bäuerlich-katholischen Bevölkerung für sein Programm zu gewinnen, wurden die SlowakInnen doch in Jahren davor in der SR von der tschechischen Mehrheit unterdrückt. Die Slowakei war im Unterschied zu anderen Ländern nicht von der Wehrmacht besetzt.

Bis zum Frühjahr 1944 war die Tiso-Herrschaft vergleichsweise mild. Mit wenig Begeisterung erfolgte die Beteiligung mit 50.000 Mann am Russlandfeldzug. Nach dem Fall von Stalingrad und der deutschen Niederlage in der Schlacht im Kursker Bogen im Juli 1943 kippte die Stimmung im Land. Die KP trat aus ihrem bisherigen Schattendasein, die herrschenden Kreise in Bratislava wandelten sich in dem Maße, in dem sich die Rote Armee der Grenze näherte. In der Armeeführung taten sich Verschwörer zusammen und konzentrierten Truppen, Nahrung und Kriegsmaterial in der Mittelslowakei, die zur strategischen Festung ausgebaut wurde. Man wollte sich in der absehbaren Schlussphase des Krieges vom Makel der Kooperation mit dem Nazismus befreien. Die 1943 noch zaghafte PartisanInnenbewegung wuchs mit

sowjetischer Unterstützung 1944 stark an. Präsident Tiso und seine Clique wollten jedoch lieber als katholische Märtyrer für eine christliche Slowakei sterben als mit der UdSSR gegen die Deutschen zusammenzuarbeiten.

Der Beginn des Aufstands wurde vorzeitig durch einen unvorhergesehenen Zwischenfall ausgelöst, 22 Mitglieder der evakuierten deutschen Militärmission in Rumänien wurden in der

Nordslowakei kriegsrechtswidrig erschossen. Darauf marschierte die Wehrmacht – mit Zustimmung von Präsident Tiso! – von Norden, Osten und Westen in das Land ein und schaltete so mit einem Handstreich mehr als die Hälfte der slowakischen Truppen aus. Die Aufstandsarmee, rund 20.000 verbliebene Soldaten und Offiziere, war abgesehen von ca. 2.000 PartisanInnen die reguläre Armee. Auch wenn die NS-Propaganda von „Banditen“ sprach, wurde sie von der kämpfenden Truppe der Wehrmacht als reguläre Soldaten angesehen und so behandelt. Nach wenigen Tagen drohte der Aufstand zusammenzubrechen. Eine sowjetische Waffenlieferung sowie Gerüchte über näher kom-

menden Entsatz stabilisierten die Verteidiger, die ca. die Hälfte des Landes hielten (20.000 km²). Die Hoffnung der Aufständischen auf Unterstützung aus dem besetzten Protektorat Böhmen und Mähren sollte sich nicht erfüllen. Anders als beim Warschauer Aufstand, den die Rote Armee verbluten ließ, rannte sie mit schwerem Geschütz und zahlreichen Truppen von Norden gegen die Karpaten, mit hohen Verlusten und erfolglos. Von den Westalliierten gab es keinerlei materielle Hilfe. Mit der tschechoslowakischen Exilregierung Beneš in London war man zwar in Kontakt, allerdings nicht im vollständigen Einvernehmen. Bei den Kämpfen erwiesen sich die kampferprobten deutschen

Truppen den slowakischen zumeist überlegen. Das Aufstandsgebiet schmolz immer mehr zusammen. Der Warschauer Aufstand war am 3. Oktober zu Ende, der slowakische ebenso nach zwei Monaten am 28. Oktober. Ohne den heldenhaften Kampf im Land und ohne die sowjetische Offensive hätte er nicht so lange gedauert.

In der zweiten Jännerhälfte 1945 befreite die Rote Armee die Ostslowakei, am 26. März war sie in Banská Bystrica, dem militärischen Zentrum des Aufstands, und am 4. April in Bratislava.

Faktum und Vermächtnis des Aufstandes passten den stalinistischen Kommunisten unter Gottwald genauso wenig ins Konzept wie den tschechoslowakischen bourgeoisen Kräften unter Beneš, was nach 1945 eine langjährige Marginalisierung zur Folge hatte. In Banská Bystrica erinnert ein sehenswertes Museum an den slowakischen Nationalaufstand, der 29. August ist Staatsfeiertag in unserem Nachbarland.

Gerald Netzl ■



Denkmal des Slowakischen Nationalaufstands in Banská Bystrica. Seit den 1950er Jahren erinnert auch ein Museum an den Kampf der Aufständischen.

Das Konzentrationslager Mauthausen 1938–1945

Der Katalog „Das Konzentrationslager Mauthausen 1938–1945“ bildet die im Mai 2013 in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen neu eröffnete Überblicksausstellung ab, die eine kompakte Darstellung der Gesamtgeschichte des Konzentrationslagers Mauthausen und seiner Außenlager gibt.

Das KZ Mauthausen wurde im August 1938 zur Inhaftierung von Gegnern des NS-Regimes aus dem „Reich“ und der „Ostmark“ gegründet. Nach Kriegsbeginn wurden Menschen aus ganz Europa nach Mauthausen deportiert, die Häftlingszahlen stiegen stark an. Mit einem Zweiglager in Gusen und einem Netz von über 40 Außenlagern war es bis zur Befreiung durch US-Truppen am 5. Mai 1945 wesentlicher Teil des Gesamtsystems nationalsozialistischer Konzentrationslager. Die Darstellung der Häftlinge, der Täter sowie des regionalen

und wirtschaftlichen Umfeldes steht im Zentrum der Dokumentation. Über 100 Originalobjekte, unzählige Fotografien und Dokumente sowie kurze Interviews mit Zeitzeugen und grafische Visualisierungen erzählen die Geschichte von Häftlingszwangsarbeit in den SS-eigenen Steinbrüchen und in der Rüstungsindustrie, ideologisch motivierten Vernichtungsaktionen sowie Expansion und Zusammenbruch des Lagerkomplexes Mauthausen. Die verschiedenen Aspekte der Lagergeschichte werden immer wieder in Bezug zur Gesamtgeschichte des NS-Terrors

sowie zur Nachkriegsgeschichte gestellt. Breiter Raum wird dabei der Erfahrung ehemaliger KZ-Häftlinge gewidmet.

„Bilderreich und textarm“, diese Wörter beschreiben den Katalog zutreffend. Er drückt damit den Wandel in der Wissensvermittlung und Ausstellungsarchitektur aus. Sein Ziel ist die möglichst vollständige Abbildung der Ausstellung. Im hinteren Teil des Kataloges skizziert Bertrand Perz die Geschichte der Vorgänger-Ausstellungen in der Gedenkstätte und die Wechselwirkungen mit Politik und Zeitgeschichtsforschung. Die erste Dauerausstellung wurde erst 1970 eröffnet! Was dem durchaus gelungenen und repräsentativen Katalog trotzdem fehlt, ist eine Analyse der historischen



Das Konzentrationslager Mauthausen 1938–1945: Katalog zur Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen; new academic press 2013; 320 Seiten; ISBN 978-3-7003-1868-2; € 34,90

Bedingungen, die zum Aufstieg des Nationalsozialismus führten, und wer die gesellschaftlichen Profiteure des Systems waren. Die Musealisierung des Nationalsozialismus ist voll im Gang. Sie darf nicht zu einer Musealisierung des Antifaschismus führen! ■

Das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück

Die neue Ausstellung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück kann als eine der gelungensten dieser Art bezeichnet werden. Zur Eröffnung 2013 ist nun ein Katalog erschienen.

Der Katalog entspricht in seinem Aufbau der Ausstellung. Der inhaltliche Bogen der 13 Kapitel spannt sich von der „Entstehung und Entwicklung des KZ Ravensbrück“ bis zum „Ravensbrück-Gedächtnis in Europa“ und gibt alle Haupt- sowie ausgewählte Themen- und Abschnittstexte wieder. Neun Kapitel widmen sich dem Lagerkomplex Ravensbrück. Neben der Topografie des Konzentrationslagers wird die von der SS vorgenommene Kategorisierung der Häftlinge, wie „Zeuginnen Jehovas“, „Asoziale“, „Kriminelle“, „Politische“, „Sonder- und Sippenhäftlinge“, „Jüdinnen“ sowie „Zigeunerinnen“ (Roma und Sinti), erklärt. Im Katalog sind 52 Kurzbiogra-

fien von nach Ravensbrück Deportierten abgedruckt. Gelungen ist die Auswahl von zeitgenössischen Quellen und persönlichen Zeugnissen, die in der Ausstel-



lung wie im Katalog gelesen werden können. Darunter sind amtliche Dokumente, u. a. aus dem Nummernbuch des Männerlagers und dem Geburtenbuch, Entlassungsscheine und Arbeitseinteilungslisten. Einen großen Platz nehmen selbst angefertigte Zeichnungen der Gefangenen ein, die während der Haft oder in der wiedergewonnenen Freiheit entstanden. Sie illustrieren künstlerisch-realistisch oder skizzenhaft, wie ihre UrheberInnen den Lageralltag erlebten. Da werden Eindrücke von ihrer Ankunft im KZ und der unmittelbar danach erfolgten Prozedur wiedergegeben, die sie über sich ergehen

Alyn Beßmann / Insa Eschebach: Das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück: Geschichte und Erinnerung. Ausstellungskatalog; Metropol-Verlag 2013; 327 Seiten; ISBN 978-3-8633-1122-3; € 24,00

lassen mussten, und Szenen, die von Solidarität und Selbstbehauptung zeugen oder den Tod von Mitgefangenen festhalten. Abbildungen von Häftlingskleidung, Gebrauchsgegenständen und selbst gefertigten Handarbeiten vermitteln eine wenn auch vage Vorstellung davon, unter welchen menschenunwürdigen Bedingungen die Gefangenen über Monate oder Jahre existieren mussten.

Zu sehen ist die Ausstellung in 34 Räumen des denkmalgerecht sanierten Gebäudes der ehemaligen SS-Kommandantur. Das Haus diente nach seiner Errichtung 1940 als Schaltzentrale der Organisation und Verwaltung des Lagers mit über hunderttausend Häftlingen – Frauen, Männern und Kindern, die aus über 30 Ländern dorthin verschleppt worden waren. Die SS tötete 28.000 Menschen. ■



Abgesang der Demokratie

Rechtzeitig zum Jahrestag der Februarkämpfe erschien dann doch noch eine Broschüre aus dem näheren Partei-umfeld. Der Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung hat eine knapp 100-seitige Broschüre herausgebracht.

Heinz Weiss schreibt über den Raub des Kinderfreunde-Eigentums, das sich Staat und faschistische Verbände aufteilten. Weiss zeigt in seinem wertvollen Beitrag akribisch, dass das Verbot der Partei, der freien Gewerkschaften und sämtlicher sozialdemokratischer Vorfeld- und Kulturorganisationen einen unglaublichen Raubzug des Regimes zur Folge hatte. Das ist umso gemeiner, wenn man weiß, unter welch schwierigen Bedingungen nach dem Weltkrieg und in der Wirtschaftskrise Ferienheime, Kindertagesstätten etc. gebaut und eingerichtet wurden.

Rudolf Bogensberger zeichnet die Übernahme der „roten“ Zentralsparkasse der Gemeinde

Wien nach (für die jüngeren LeserInnen: Die „Z“ war die 1907 gegründete „Großmutter“ der UniCredit Bank Austria). Für sozialdemokratische Parteimitglieder im Roten Wien war es fast selbstverständlich, bei der „Z“ zu sparen. Interessant erscheint, dass nach dem 12. Februar die Leitung der Zentralsparkasse die Maßnahmen des austrofaschistischen Regimes vorbehaltlos unterstützte und nur ein einziger Mitarbeiter entlassen wurde: Ex-Stadtrat Hugo Breitner, der erst am 1. Oktober 1933 als Direktor-Stellvertreter begonnen hatte.

Veronika Dumas und Hanna Lichtenbergers Beitrag behandelt die Geschlechterverhältnisse im Widerstand der Revolutionären

Sozialisten. Was anfangs wie eine Seminararbeit in Gender Studies erscheint, erweist sich als wertvollster Beitrag der Broschüre. Anhand biografischer Skizzen über Rosa Jochmann, Marie Emhart, Hella Postranecky und Gabriele Proft zeigen die Autorinnen die Marginalisierung von Frauen in der sozialdemokratischen Bewegung und durchbrechen diese. Ein wahrer, interessanter und politisch schmerzhafter Befund, gerade weil er weitgehend auch auf die FreiheitskämpferInnen zutrifft.

Wolfgang Maderthaler bedient sich für seinen Artikel über den „Nachfebruar“ Karl R. Stadlers Buchtitel der „Opfer verlorener Zeiten“. Er stellt dar, wie das siegreiche Regime die Verlierer demütigte, wie es wirtschaftliche und finanzielle Repressalien (Massenentlassungen, Berufs-

verbote) einsetzte. Maderthaler beleuchtet weiters die Rolle der Justiz und streift die Standgerichtsbarkeit, den Schutzbundprozess 1935 und den großen Sozialistenprozess 1936.

So wertvoll die Broschüre ist, kann ihr leider der Hinweis auf das fehlerhafte Lektorat nicht erspart bleiben. Positiv ist, dass es reichlich Fußnoten gibt, die zum Weiterlesen und tieferen Eindringen in die Vergangenheit einladen, auch das Layout und die Bebilderung sind gelungen. ■



Die Publikation ist in der Bibliothek des VGA (geöffnet Dienstag bis Donnerstag 10–16 Uhr) zum Preis von € 28,00 erhältlich

Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934

Das Buch von Markus Benesch bietet einen spannenden Einblick in die Probleme und Herausforderungen und in die Zerrissenheit einer Partei zwischen bundespolitischen Notwendigkeiten und landespolitischen Nöten.

In der Zeit von 1910 bis 1934 wurde aus der bürgerlichen Reichshaupt- und Residenzstadt die politische Bastion der österreichischen Sozialdemokratie, das „Rote Wien“. Und aus der alles beherrschenden Bürgermeisterpartei des Karl Lueger wurde eine Oppositionspartei. Einzelnen Exponenten wie Ignaz Seipel und Carl Vaugoin (langjähriger Heeresminister) gelang das auf Bundesebene.

War die CSP bis etwa 1907 eine Partei des Wiener Kleinbürgertums „und wenigstens im Ansatz sozialreformerisch orientiert, veränderte sie sich danach zu einer konservativen Reichspartei des deutschsprachigen besitzenden katholischen Bauern- und

Bürgertums. Die christliche Arbeiterschaft wurde über viele Jahre hinweg vom Rest der CSP kritisch beäugt.“ Hatte die CSP 1924 in Wien noch 59.000 Mitglieder (bei 338.000 Wiener Stimmen



bei der Nationalratswahl 1923) waren es 1930 nur noch 28.000. Mit demokratischen Mitteln sollte es also nicht gelingen, die Sozialdemokratie aus dem Rathaus zu entfernen. Das zeigten die letzten freien Gemeinderatswahlen am 24. April 1932 eindrucksvoll (SDAP 66 Mandate, CSP 19, NSDAP 15). Der Antisemitismus der CSP trieb die bürgerlichen Teile des Wiener Judentums, die vom Klassenstandpunkt keine Nähe zur Sozialdemokratie hatten, in die Arme der SDAP.

Das Resümee des Buches lässt Parallelen zur Gegenwart erkennen: „Mit der SDAP hatte die CSP einen übermächtigen Gegner,

Markus Benesch: Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910–1934. Eine Geschichte der Zerrissenheit in Zeiten des Umbruchs; Böhlau 2013; 344 Seiten; ISBN 978-3-205-79475-2; € 39,00

der durch seine Wohnbautätigkeit, den Ausbau des sozialen Netzes und seine Bildungsarbeit Wien nachhaltig veränderte und Mitglieder und WählerInnen gewann. Ausgeschlossen von der Mitgestaltung, belächelt und ignoriert von Teilen der eigenen Bundespartei, nostalgisch in Bezug auf Erinnerungen auf längst vergangene glorreiche (monarchistische) Zeiten, entwickelten erhebliche Teile der Funktionärsriege ein hohes Aggressions- und Frustrationspotenzial.“ Das Buch ist für SozialdemokratInnen lesenswert, weil es Einblicke in die Diskussionen und Probleme des politischen Gegners bietet. Benesch, selbst ÖVP-Bezirksrat, berichtet seitenweise von den Diskussionen auf Landesparteitagen, schreibt etwa über die Entstehung der Wiener Wohnbausteuer. Die Innenpolitik der Ersten Republik wird verständlicher. ■

Juden als Handelsware – SS-Schacher mit Menschenleben

Nach der verlorenen Entscheidungsschlacht von Rommels Afrikakorps bei El Alamein, besonders aber nach der verheerenden Niederlage und dem Verlust der 6. Armee in Stalingrad dämmerte manchen Nazibonzen, dass ihr Eroberungskrieg nicht mehr zu gewinnen sei. So sollte das zweite Hauptziel der Nazibarbarei, die restlose Vernichtung des europäischen Judentums, zu einem siegreichen Abschluss gebracht werden.

Mit der bei der Wannseekonferenz 1942 beschlossenen „Endlösung der Judenfrage“ sollten nun beschleunigt alle Juden im Deutschen Reich und in den von der Hitlerarmee besetzten Teilen Europas vernichtet werden. Dafür sollte SS-Obersturmführer Adolf Eichmann sorgen. Er plante die Deportationen der Menschen in die Vernichtungslager, bestellte die Güterzüge der Reichsbahn und er ließ die Tötungskapazitäten der Todeslager berechnen. Er war damit mitverantwortlich für die Ermordung von Millionen europäischer Juden.

Bereits 1942 erdachte „Reichsführer-SS“ Heinrich Himmler einen zynischen Schacher mit Juden, sogenannten „Austauschjuden“. Anfangs ging es darum, diese Juden gegen hitlerbegeisterte Deutsche in Lateinamerika, den USA oder im Nahen Osten auszutauschen, diese „heim ins Reich“ zu holen. Später, als sich die Kriegslage für Deutschland durch hohe Verluste an Soldaten und Material verschlechterte, sollten diese „Austauschjuden“ gegen Waffen, Fahrzeuge, kriegswichtige Rohstoffe und Devisen getauscht werden. Auch versuchten Himmler und einige andere SS-Größen, mit „Austauschjuden“ ihre blutigen Hände reinzuwaschen. So hofften sie, nach der sich abzeichnenden Niederlage und der darauffolgenden Abrechnung mit ihnen, zumindest der Todesstrafe zu entgehen.

Im Frühjahr 1943 wurde für „Austauschjuden“ das Sonder-

lager Bergen-Belsen nahe der holländischen Grenze in einem ehemaligen Kriegsgefangenenlager eingerichtet. Hier wurden die Menschen, die man zunächst nicht in die Vernichtungslager schickte, untergebracht. Sollte der Handel mit der Ware Mensch nicht wie geplant funktionieren, konnte man sie immer noch ins

Gas schicken. Anfangs war die Behandlung der Gefangenen besser als in den anderen Konzentrationslagern. Das blieb nicht so und 1945 verhungerten die Menschen zu tausenden und starben an Krankheiten.

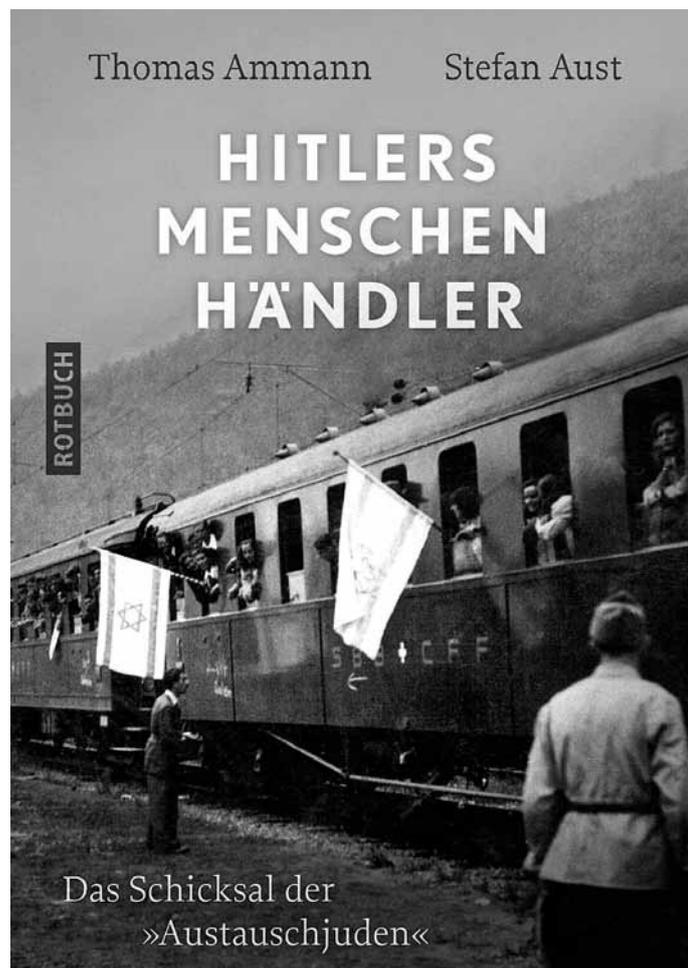
Stefan Aust, langjähriger Chefredakteur des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ und Thomas Ammann, früher Mitarbeiter des NDR-TVs und leitender Redakteur bei Spiegel-TV haben über diesen zynischen Handel mit den „Austauschjuden“ ein spannendes Buch geschrieben. Im Zentrum ihrer Berichte stehen die wechselvollen Verhandlungen

1944/45 um das Leben tausender ungarischer Juden. Die SS wollte für eine Million Juden 10.000 Lastkraftwagen von den internationalen jüdischen Organisationen haben. Im August 1944 konnten 318 Gefangene, im Dezember 1944 konnten weitere 1.351 Personen aus dem Ungarnlager in Bergen-Belsen in die Schweiz ausreisen und so dem sicheren Tod entrinnen.

Zwei jüdische Gefangene, Rudolf Kasztner und Joel Brand verhandelten unter Einsatz ihres Lebens zwischen der SS und den internationalen jüdischen Organisationen. Sie bemühten sich dabei, möglichst viele ungarische Juden zu retten. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge, Joel Brand wurde in Istanbul als Spion festgehalten. Die Westalliierten sträubten sich gegen den Deal mit den Nazis, die jüdischen Organisationen wollten mehr Menschen für weniger Waren oder Devisen. Während der Verhandlungen rollten die Züge mit ungarischen Juden weiter nach Auschwitz. Ein Wettlauf mit der Zeit begann. Zwischen höheren SS-Kreisen tobten heftige Auseinandersetzungen: Sollte man die wenigen übrig gebliebenen Juden am Leben lassen oder nicht? Kaltenbrunner, Müller und Eichmann wollten die restlose Vernichtung, andere SS-Offiziere, so auch Himmler, hofften, dass mit den restlichen Juden ein Angebot eines Sonderfriedens mit den Anglo-Amerikanern erzielt werden könnte.

Kasztner konnte mit seiner Familie mit dem Dezembertransport der Hölle entrinnen. In Israel wurde er der Kollaboration mit den Nazis beschuldigt und vor Gericht gestellt. Letztendlich wurde er am 21. Juni 1955 in vollem Umfang rehabilitiert. Am 3. März 1957 wurde Rudolf Kasztner von einer Gruppe junger rechtsradikaler Juden in Tel Aviv erschossen.

Ali Koblbacher ■



Thomas Ammann/Stefan Aust: Hitlers Menschenhändler – das Schicksal der „Austauschjuden“; Rotbuch Verlag, Berlin, 2013; 334 Seiten; ISBN 978-3-86789-186-8; € 25,70



Der Juli 1914

Das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand und seine Frau Sophie am 28. Juni 1914 wird vordergründig als Auslöser des Ersten Weltkriegs genannt. Schon bald nach der Tat von Sarajevo begannen heftige diplomatische Aktivitäten. Nicht die Bewahrung des Friedens, sondern ein Straffeldzug gegen Serbien war deren Ziel. Kriminalistische Untersuchungen wurden halberzig geführt.

Mitwissenschaft serbischer Regierung an der Leitung des Attentates oder dessen Vorbereitung und Beistellung der Waffen ist durch nichts erwiesen ... Es bestehen vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen.“

Das österreichisch-ungarische Ziel: Die serbische Regierung muss schuldig sein. Und die Wiener Presse hetzte fleißig mit gegen das „Räuber- und Mordgesindel“, die „Hammeldiebe“, das „Läusevolk“ in Serbien. Das Ultimatum an die serbische Regierung vom 23. Juli wurde überaus hart formuliert. Serbien, mit dem starken Russland im Rücken, hatte große Teile des Ultimatus akzeptiert, die anderen Großmächte Deutschland, Frankreich und England suchten vorerst eine friedliche Beilegung des Konflikts, denn die komplizierten Bündnisstrukturen waren bekannt. Der Zar war schwach, von seinen Militärs wurde er zur Mobilmachung getrieben.

Mobil machte auch die internationale ArbeiterInnenbewegung: „Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalttäter geopfert werden! ... Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnützen, wollen euch als Kanonenfutter missbrauchen. Überall muss man den Gewalttätern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Hoch die internationale Völkerbrüderung!“ Der deutsche „Vorwärts“ schreibt: „Weil das Blut Franz Ferdinands und seiner Gattin unter den Schüssen eines irren Fanatikers

geflossen ist, soll das Blut tausender von Arbeitern und Bauern fließen, ein wahnwitziges Verbrechen soll von einem weit wahnwitzigeren Verbrechen übergipfelt werden.“

Noch Ende Juli wäre Europa zu retten gewesen. Die Monarchen von Deutschland, Russland und England, die allesamt als Cousins verwandt waren, tauschten hektische Telegramme aus. Erben von ehemals mächtigen Familien, von denen am Ende einer floh, der zweite erschossen wurde. Nur zwei Staatsmänner Europas, der Engländer Lloyd George und der Serbe Paschitsch, überdauerten in ununterbrochener Macht das Ende des Krieges, dessen Beginn sie mit gezeichnet hatten, und diese verloren sie bald darauf. Immer stärker wurde das Drängen der Generäle. Die russische Mobilisierung bewirkte die deutsche, die wiederum die französische. In Wien waren die Sitzungen des Reichsrats, also des Parlaments, seit März des Jahres ausgesetzt, d. h. es fehlte der Sozialdemokratie dieses Forum, um gegen den Krieg zu protestieren. In Deutschland diskutierte die Sozialdemokratie heftig, ob sie den Kriegskrediten zustimmen könne, ja müsse. Es hieß, im Osten hätten bereits russische, im Westen französische Truppen die Grenzen überschritten. Es ginge

um einen Verteidigungskrieg. Die SPD stellte ein Viertel der Abgeordneten. Aber: Wer das Geld mitbewilligt, wird mitverantwortlich auch für Kriegsführung und Kriegsziele. Stundenlang ging der Streit, die fraktionelle Abstimmung ging 78 zu 14 aus,

gebracht wird, wenn das Ziel der Sicherung erreicht, und wenn die Gegner bereit sind, Frieden zu machen.“ Bei der Abstimmung im Reichstag für die nächsten Kredite haben 6, dann schon 32 Abgeordnete mit Nein votiert.

Die Regierungen betrogen ihre Völker, sie gaben – teilweise gefälschte – Dokumentensammlungen heraus, die sie als die Angegriffenen und Friedliebenden darstellten (Österreich ein „Rotbuch“, Deutschland und Frankreich ein „Gelbbuch“). Am meisten gelogen hat der Österreicher Graf Berthold, was nach 1918 aufgedeckt wurde. Die russischen Fälschungen haben die Bolschewiken nach der Oktoberrevolution veröffentlicht.

In Frankreich wurde der wichtigste Kriegsgegner, der Sozialist Jean Jaurès, von einem Attentäter getötet. Dieser Mord geschah fünf Wochen, nachdem der Serbe den Habsburger erschossen hatte. Zwei junge Nationalisten haben aus Überzeugung die Führer erschossen, die sie für Feinde des Vaterlandes hielten. Der erste Schuss entfesselte das Schicksal, der zweite schob die letzte Hemmung weg. Letzte Versuche, den Generalstreik in mehreren Ländern durchzuführen, scheiterten. Alle werden sie zu den Waffen eilen, um ihre Länder gegen die vermeintlichen Feinde zu schützen. Alle sind sie betrogen. Denn wie der russische Bauer nichts gegen Deutschland empfand, so konnte kein deutscher Bürger oder Arbeiter gegen Frankreich empfinden. Hier wie dort hat eine Handvoll Menschen die Nation in den Wahn geführt. Millionen wurden von ihren Vorgesetzten gezwungen, sich von heute ab zu hassen. Noch nach Jahrzehnten wird dieser von Verbrechern erfundene Hass in den Kindern jener Kämpfer fortleben. Am Ende dieses Krieges klagen neun Millionen Tote an.

Gerald Netzl ■



Grundlage dieses Artikels ist das höchst interessante Buch „Juli 14“ von Emil Ludwig, erstmals 1929 erschienen. Kursive Texte sind Originalzitate von 1914.

jedoch „Sobald der Krieg ein Eroberungskrieg wird, werden wir uns mit den schärfsten Mitteln gegen ihn wenden.“ Im Plenum herrschte Fraktionszwang, weshalb alle SPD-Abgeordneten zustimmten. In Russland und England verweigerten die linken Abgeordneten die Zustimmung zu den Kriegskrediten „... in innigem Einvernehmen mit unseren französischen Brüdern. Wir denken jetzt an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und die Kinder ... Wir fühlen uns im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit jederzeit anerkannt hat, und verurteilen jeden Eroberungskrieg. Wir fordern, dass der Krieg zu einem sofortigen Ende



Die extreme Rechte

Der zweite Teil der „Kämpfer“-Serie zu rechtsextremen Parteien in der Europäischen Union und deren Verbindungen zur hiesigen FPÖ. Andreas Peham vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes hat uns dafür dankenswerterweise einen Artikel zur Verfügung gestellt.

(...) Neben FPÖ und FN gilt der flämische Vlaams Belang (VB) als Avantgarde in Sachen antimuslimisch-europäischer Vernetzungsarbeit. Der VB wurde 1978 als Vlaams Blok in der Tradition der flämischen Nazi-Kollaboration gegründet und 2004 nach einem Gerichtsurteil wegen rassistischer Verhetzung in Vlaams Belang umbenannt. Beim VB handelt es sich um eine separatistische Partei, die für die Aufspaltung Belgiens und für einen unabhängigen Staat Flandern kämpft. Der 2004 erfolgte Namenswechsel gehorchte dem Wunsch nach Durchbrechen des belgischen Cordon sanitaire, der den VB bis dato von jedem Regierungsamt ausschloss. Wurden Jüdinnen und Juden (vor allem in Antwerpen) früher von der VB-Propaganda meist abgeschreckt, so werden sie seit einiger Zeit gezielt als potenzielle Opfer der Moslems umworben. Auch versucht der VB die einst offene Flanke gegenüber neonazistischen Gruppierungen zu schließen. Ende 2008 wurde etwa ein VB-Ratsmitglied in Machelen ausgeschlossen, nachdem ein Video aufgetaucht war, das ihn beim Singen eines antisemitischen Liedes zeigt. Den Ausschluss nahmen Neonazis in ihrer Abrechnung mit einer behaupteten „Israel-Connection“ zum Anlass, um zu raunen, im VB werde nun „das Singen inkorrekt Lieder bei privaten Anlässen verfolgt.“ Demgegenüber hellauf begeistert waren Neonazis, als sie Anfang 2011 erfuhren, dass der wegen Holocaustleugnung verurteilte Ex-VB-Vizepräsident Roeland Raes dennoch nicht aus der Partei ausgeschlossen worden war. Der VB ist eine der wenigen

europäischen Parteien, die bis dato vom Schwenk auf das antimuslimische Ticket nicht profitieren konnten. Bei der EU-Wahl im Juni 2009 fiel er von 14,3 Prozent auf zehn Prozent, 2010 musste der VB in Antwerpen bei Kammer- und Senatswahlen den Verlust von jeweils rund acht Prozent hinnehmen. Schließlich setzte es bei den Kommunalwahlen 2012 ein regelrechtes Debakel: In Antwerpen, wo der VB 2006 auf 33,5 Prozent gekommen war, verlor er fast drei Viertel seiner Gemeinderatssitze.

Der VB hat beste Kontakte zu Gleichgesinnten in ganz Europa, spätestens seit 2000 auch zur FPÖ. Mit ihr arbeitet er am Aufbau einer abendländischen Front gegen den Islam und den EU-Beitritt der Türkei. Im Europäischen Parlament bastelten FPÖ und VB gemeinsam mit den Abgeordneten des FN an der kurzlebigen ITS-Fraktion, gemeinsam versucht man seit deren Scheitern im November 2007 aus der Schmutzdecke und endlich wieder zu Fraktionsehren zu kommen. Dabei sind die jüngsten Aktionen des VB wie etwa die Einrichtung einer Internet-Meldestelle für mutmaßlich illegale MigrantInnen nicht gerade förderlich, daher ging Mölzer zuletzt etwas auf Distanz zu den flämischen Kameraden: „Dem forcierten Denunziantentum kann ich nichts abgewinnen.“

Schwedische „Demokraten“

Die 1988 im neonazistischen Milieu gegründeten Schwedendemokraten (SD) versuchen seit einiger Zeit, vom rechten Rand wegzukommen. Jedoch wurde ihnen noch 2007 vom

deutschen Rechtsextremismusforscher Richard Stöss attestiert, „an ihren Rändern [...] mit der Neonaziszene vernetzt“ zu sein. 2003 hieß es im Manifest der SD: „Die kritische Zutat einer sicheren, harmonischen, soliden und solidarischen Gesellschaft ist die gemeinsame Identität, die einen hohen Grad an ethnischer und kultureller Einheitlichkeit unter den Menschen erfordert.“ Im November 2012 wurde öffentlich, dass SD-Führungskader Kent Ekeroth gemeinsam mit zwei Parteifreunden im Juni 2010 mit Eisenstangen bewaffnet in Stockholm Jagd auf Migranten gemacht hatte. In der Folge kündigte Ekeroth an, sich eine Auszeit als Parlamentsabgeordneter nehmen zu wollen, wovon jedoch nicht viel zu merken ist. Um 2005 begannen auch die SD, ihren Anti-Migrationsrassismus als „Islamkritik“ oder Kampf gegen den „Islamismus“ zu tarnen. Die SD schafften bei den Wahlen 2010 mit 5,7 Prozent und 20 Sitzen erstmalig den Einzug in den Stockholmer Reichstag. Ein Jahr zuvor gingen die SD bei den EU-Wahlen mit 3,3 Prozent noch leer aus. Wie im Falle der Lega Nord scheint das jüngste Bündnis auch bei den SD noch nicht beschlossene Sache zu sein: Am letzten Parteitag konnte Ende November 2013 keine Mehrheit für eine Zusammenarbeit mit der FPÖ und anderen rechtsextremen Parteien gefunden werden, zumal die Delegierten von einem Gastredner aus der befreundeten Dänischen Volkspartei ausdrücklich davor gewarnt worden waren.

Slowakische NationalistInnen

Die Beziehungen der FPÖ zur Slowakischen Nationalpartei (SNS) gestalten sich nach Startschwierigkeiten mittlerweile einfacher. Die Ende 1989 gegründete rechtsextreme Partei versucht Christentum, Nationalismus und

Sozialismus zu verschmelzen. Der die SNS zwischen 1994 und 2012 anführende Ján Slota machte 2000 erstmals Schlagzeilen, als er als Bürgermeister von Zilina dem Nazi-Kollaborateur Jozef Tiso dort eine Gedenktafel stiftete. Die 2006 erfolgte Adaption des SNS zur Regierungspartei hat dieser bei den Wahlen vier Jahre später geschadet: Die SNS kam nur mehr auf 5,1 Prozent (minus 6,6 Prozent), bei den vorgezogenen Neuwahlen im März 2012 flog sie schließlich mit 4,6 Prozent aus dem Parlament. Jedoch konnte die Slota-Truppe bei der EU-Wahl 2009 reüssieren: Sie erreichte 5,6 Prozent und verstärkte im EU-Parlament mit einem Mandatar die EFD-Fraktion.

Das machte sie für die Anschluss suchende FPÖ attraktiv: Im Sommer 2011 vereinbarte die FPÖ mit der SNS eine Partnerschaft für ein „Europa der Vaterländer, basierend auf den christlich-abendländischen Wurzeln, die es zu verteidigen bzw. wiederzubeleben gilt.“ Als Partei, die 2007 die Beneš-Dekrete vom Parlament für auf alle Zeiten „unantastbar“ erklären ließ, war die SNS gegenüber der revanchistischen FPÖ zunächst skeptisch eingestellt. Was durchaus auf Gegenseitigkeit beruhte: Noch im Oktober 2010 hieß es in einem FPÖ-Schulungspapier, Slota hätte vor Gericht zugegeben, „in der Vergangenheit Brandstiftung, Autodiebstahl und Misshandlungen an Ungarn verbrochen zu haben“. Aber in der Folge brauchte die FPÖ Slota als eine der Brücken in die EFD-Fraktion und so lud sie ihn bereits im April 2011 nach Wien ein, wo bei einer „Abklärung zu inhaltlichen Positionen“ auch die „Vertriebenenfrage angesprochen“ worden sein soll. Laut einem freiheitlichen Beobachter hätten die „slowakischen Gesprächspartner signalisiert, den Wünschen nach einer Aufhebung der Beneš-Dekrete möglicherweise nachkommen zu kön-



in der EU (2/2)

nen“. So viel Konjunktiv macht durchaus Sinn, denn es ist nur schwer vorstellbar, dass die SNS dieses Signal auch dem eigenen Anhang gegenüber aussendet. Dennoch unterzeichneten die Vorsitzenden von FPÖ und SNS nun ein „Partnerschaftsabkommen“. Darin fehlen wenig überraschend die Beneš-Dekrete, dafür werden „die Werte, auf welchen die europäische Demokratie gewachsen ist“ ausbreitet. Nach der im Oktober 2012 erfolgten Übernahme des SNS-Vorsitzes durch Andrej Danko verlieh Strache seiner Hoffnung Ausdruck, wonach „die Zusammenarbeit nicht nur fortgeführt, sondern sogar noch weiter ausgebaut wird.“

Norditalienische SeparatistInnen

Bis vor kurzem galt die Abgrenzung vom Rechtsextremismus auch für die 1989 von Umberto Bossi etablierte rechtspopulistische Lega Nord. Aber insbesondere Lega-MEP Mario Borghesio ist schon seit mehr als zehn Jahren in bestem Einvernehmen mit Freiheitlichen. Ihm ist es maßgeblich zu verdanken, dass die Partei ihre anfängliche Zurückhaltung gegenüber der FPÖ aufgegeben hat: Die gemeinsamen Auftritte häuften sich nach 2009 und Anfang Juni 2011 hieß es sogar, dass die Lega die Aufnahme der FPÖ in die EFD-Fraktion begrüße. Bereits im Oktober 2010 beteuerte ein Lega-Europaabgeordneter bei einem Treffen in Wien, „keine politischen Vorurteile“ mehr gegenüber der FPÖ zu haben und für „neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit offen“ zu sein. In den späten 1990er Jahren war Lega-Anführer Bossi noch um Distanz zur FPÖ bemüht, nicht ohne – anhand des damaligen FPÖ-Obmanns Jörg Haider – auf einen zentralen Unterschied zwischen diesen beiden Parteien hinzuweisen: „Haider ist ein klei-

ner Nazi, vielmehr ein Kind von Nazis – wir aber sind die Kinder von Partisanen, von Menschen, die in den Konzentrationslagern waren; was haben wir denn mit ihm zu schaffen? Wir haben eine andere, demokratische Geschichte.“ Nachdem Bossi Anfang 2012 im Zusammenhang mit der Veruntreuung von Parteigeldern als Vorsitzender zurückgetreten war, stand einer offiziellen Zusammenarbeit mit der FPÖ nichts mehr im Wege, zumal sein Nachfolger Roberto Maroni schon gegenüber Haider keine Berührungsängste kannte. Jedoch scheint der Kurs der Lega vor der kommenden Kampfabstimmung um den Parteivorsitz Mitte Dezember wieder zur Disposition zu stehen: Setzt sich der neuerlich kandidierende Bossi durch, wird die Lega wohl wieder auf Distanz zu FPÖ und FN gehen.

Holländischer Populist

Bei der Partei für die Freiheit (PVV) handelt es sich um eine 2006 von Geert Wilders als Einmannshow gegründete rechtspopulistische, militant antiislamische Wahlbewegung. Für Furore sorgte Wilders, der den Koran verbieten lassen möchte, mit der Veröffentlichung des antiislamischen Propagandafilms *Fitna* (2008). Nach mehreren Anzeigen wegen des Verdachts auf Verhetzung wurde Wilders im Juni 2011 von einem Amsterdamer Gericht freigesprochen. Am Rande des Prozesses verdeutlichte der PVV-Anführer noch einmal, warum er angeklagt worden war: „Überall in Europa führen multikulturelle Eliten einen totalen Krieg gegen ihre eigene Bevölkerung, indem sie die Masseneinwanderung und die Islamisierung fortsetzen, die am Ende zu einem islamisierten Europa ohne Freiheit führt, zu einem Eurabien.“ Mit seiner antiislamischen Agitation gelang es Wilders, gleich

beim ersten Wahlantritt 2006 ins Parlament zu kommen (5,9 Prozent, neun Mandate), vier Jahre später wurde die PVV mit 15,5 Prozent (24 Mandaten) drittstärkste Kraft und duldet in der Folge bis Ende April 2012 die konservativ-rechtsliberale Minderheitsregierung, was ihr nicht genutzt hat: Bei den folgenden Wahlen fiel sie auf 10,1 Prozent. 2009 schaffte die PVV mit vier Abgeordneten den Einzug ins EU-Parlament, wo sie jedoch ohne Fraktionsanbindung blieb.

Wilders war bis Herbst 2013 um Distanz zur FPÖ und zum FN bemüht, was ihm Strache nicht verzieh. Der FPÖ-Chef versuchte noch Anfang 2011, den Spieß umzudrehen: „Ich halte Geert Wilders für ein Strohfeuer, das bald erlöschen könnte. Eine Zusammenarbeit strebe ich aufgrund seiner undifferenzierten Positionen nicht an. Jemand, der Aussagen tätigt, wie etwa, dass man die Araber hinter den Jordan zurücktreiben müsse oder Koran-Verbrennungen initiiert, kann für uns kein Partner sein. Wilders ist ein Selbstdarsteller und eine Ein-Mann-Partei. Seine Aussagen schaden eher einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Islamismus, als dass sie nützen.“

Ungeliebte „Extremisten“

Die FPÖ schließt heute jede Kooperation mit neonazistischen und neofaschistischen Parteien wie der Goldenen Morgenröte oder Jobbik aus. Zumindest zu letzteren hatten die Freiheitlichen bis 2010 freundschaftliche Kontakte. Aber diese opferten sie 2010 der erstrebten Salonfähigkeit. In der Ende 2010 gegründeten EAF war Jobbik-EU-Spitzenkandidatin Kristina Morvai zunächst noch Mitglied. Weil aber plötzlich eine Kooperation mit Jobbik nicht mehr „dem freiheitlichen Geist“ entsprach, kam die

FPÖ in Argumentationsnotstand. Darum wurde behauptet, dass Morvai gar nicht Jobbik-Mitglied sei oder sie ohnehin nur „Beobachterstatus“ in der EAF habe. Beendet wurde dieser Eiertanz im Frühsommer 2011, als Morvai aus der EAF wieder austrat oder ausgeschlossen wurde – mutmaßlich eine Bedingung für den Eintritt Marine Le Pens, der dann auch im Oktober 2011 erfolgte. Jobbik-Anführer Gabor Vona war angesichts des freiheitlichen Verrates enttäuscht, in einem Brief an Strache machte er Mitte Juli 2011 seinem Ärger über die freiheitlichen Volten Luft: Die jüngsten Distanzierungen der FPÖ-Spitze würden „völlig entgegen [den] in den letzten Jahren ausgebildeten freundlichen und guten Beziehungen unserer Parteien“ stehen. Der Jobbik-Anführer drückt jedoch seine Hoffnung aus, dass man künftig wieder gemeinsam die „lebenswichtige Schlacht“ gegen den zersetzenden Liberalismus kämpfen werde. Dieser Wunsch könnte entgegen aller momentanen Beteuerungen der FPÖ-Spitze bald wieder in Erfüllung gehen, hat Strache doch bereits im Juni 2013 festgestellt, dass es im EU-Parlament gar keine „extremistischen Kräfte“ gebe.

Auch Mölzer scheint einer Fraktionsbildung unter Einschluss extremistischer Parteien wie Jobbik schon vorzubauen, wenn er darauf hinweist, dass bei allen Unterschieden die neofaschistischen, rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien in der EU zentrale Gemeinsamkeiten aufweisen: „ein identitärer, zumeist patriotischer oder zumindest regionalistischer Zugang zur Politik, eine Ablehnung der Massenzuwanderung und eben die Skepsis gegenüber der Art und Weise der europäischen Integration in Form des Brüsseler Zentralismus.“ („Zur Zeit“, 47/2013, S. 24).

Andreas Peham ■



Der Fall Josef S.

Seit dem 24. Jänner sitzt Josef S., ein Student aus Jena, in Untersuchungshaft. Josef, ein Mitglied der Roten Falken/SJD in Jena, war einer der zahlreichen solidarischen GenossInnen, die am 24. Jänner anlässlich des Akademikerballs (vormals WKR-Ball) nach Wien reisten, um die antifaschistische Demonstration zu unterstützen. Josef wurde am frühen Abend aus einer demonstrierenden Menschenmenge herausge-

griffen und sitzt seitdem – also seit mehr als fünf Monaten – in Untersuchungshaft. Ihm wird vorgeworfen, er sei der Rädelsführer der punktuellen Ausschreitungen gewesen. Auf einer der zahlreichen Videoaufnahmen ist Josef S. auch tatsächlich gut zu erkennen. Sie zeigt ihn, wie er nach dem Tumult auf einen umgestoßenen Mistkübel zugeht und ihn mühsam wieder aufstellt. Schon bei dieser Szene müssten ernste Zweifel aufkom-

men, ob hier tatsächlich ein bedrohlicher Gewalttäter verhaftet wurde. Trotzdem wurden alle bisherigen Enthaftungsanträge des unbescholtenen jungen Mannes abgelehnt. Nach dem ersten Prozesstag wurde beschlossen, Josef S. weiter in U-Haft zu behalten. Als Grund wurde eine „Tatbegehungsfahr“ angeführt. Wir werden in der nächsten Ausgabe über die weiteren Entwicklungen in seiner Causa berichten. ■

Schreiberlinge aller Bundesländer, ...!

Unsere Zeitung lebt von den Berichten der vielfältigen antifaschistischen Aktivitäten in den Bundesländern und Bezirken sowie von den Buchrezensionen und Analysen zu aktuellen Entwicklungen. Mit unserer Zeitung informieren wir innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie über unsere Arbeit und leisten einen wichtigen Beitrag zum antifaschistischen Diskurs. Die Redaktion freut sich ganz besonders über Beiträge aus den Strukturen. Fühlt euch daher herzlich eingeladen, im „Kämpfer“ einen Bericht oder eine Buchrezension zu veröffentlichen (am besten mit Bild an martin.oppnauer@spoe.at oder kaempfer@spoe.at)!

Einsendeschlüsse für Artikel:

Heft 3/2014: 12. September 2014
Heft 4/2014: 5. Dezember 2014
Heft 1/2015: Ende Februar 2015

Artikellängen:

1 Seite (+Bild): 4.500–5.000 Zeichen (mit Leerzeichen)
1/2 Seite (+Bild): 2.300 Zeichen
1/4 Seite: 1.200 Zeichen

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Klaus Bergmaier, Dagmar Casagrande, Ali Kohlbacher, Peter Larndorfer, Harald Ludwig, Gerald Netzl, Wolfgang Neugebauer, Alexander Neunherz, Martin Oppenauer, Andreas Peham, Stefan Schmid-Heher, Maximilian Zirkowitsch. **Grafische Gestaltung:** Jennifer Neumann.

Lektorat: Lucia Marjanović, Roswitha Singer-Valentin.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. Juni 2013.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 12. September 2014.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien; Tel.: 524 70 86-0

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Bauer Medien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Anthologie

widerstand und freiheitskampf

von Peter Ulrich Lehner (Hg.)

Es wäre so einfach

Eleonore Zuzak

*Es wäre
so einfach,
zu säen,
zu ernten,
die Töpfe
zu füllen,
den Hunger
zu stillen,
den Durst
zu löschen,
die Hoffnung
zu nähren,
zu teilen.*

*Aber
weil es so einfach ist,
will keiner
damit beginnen.*



Peter Ulrich Lehner (Hg.): „widerstand und freiheitskampf. lyrische beiträge des 20. jahrhunderts aus österreich“; Mandelbaum Verlag 2010, 400 Seiten; ISBN: 978385476-359-8; € 19.90